Humanistische Union

„Alle unsere Hoffnungen erfüllt”: Die Sehnsucht nach Charisma: Willy Brandt und die Deutschen

Allerorten - ob in medialen Talkrunden, in der intellektuellen Öffentlichkeit oder im Privaten - ist derzeit eine Klage zu vernehmen: Mit Blick auf unsere politische Klasse wird einhellig über das mangelnde Charisma des Personals gejammert. Den Ansprüchen und Wünschen, die da an die politische Führung herangetragen werden, ist eines gemeinsam: Sie stellen der ruhmlosen Gegenwart die Epoche der Altvorderen, der kantigen, selbstbewussten, schwierigen, aber eben charismatischen Männer entgegen (Frauen haben in diesem Erinnerungskartell noch keinen rechten Platz). Der heutige Mangel erprobter Lebensbiographien - welche Initiationserfahrungen auch immer da erträumt werden - lässt viele zweifeln, wie das Land schwerwiegende Krisen künftig überstehen werde. Umgekehrt müsste man daraus schliessen, die Therapie vieler Krankheiten der Gegenwart liege in einer neuen charismatischen Begründung der Politik.

Der verbreitete Topos mangelnder charismatischer Qualität heutiger Politiker findet seinen Vergleichsmaßstab in zwei Phasen der westdeutschen Republik: in Konrad Adenauers Kanzlerschaft, einer "Kanzlerdemokratie" von - bei aller Modernität - eher autoritärem Zuschnitt, sowie insbesondere in der vielen Zeitgenossen noch gut erinnerlichen „Ära Brandt”. Während nun der knorrige Alte von Rhöndorf längst wissenschaftlicher Nüchternheit und Erkenntnis anheimgefallen ist, genießt die zur Lichtgestalt verklärte „Jahrhundertperson” Willy Brandt (Schwarz 1998: 672) den zweifelhaften Vorzug, noch den jeweiligen politischen Interessen dienstbar sein zu müssen. So schallte beispielsweise im vergangenen Wahlkampf dem orientierungslosen Gerhard Schröder ein gutgemeintes „Mehr Willy wagen!” (tageszeitung vom 12. August 2002) entgegen - ohne rechtes Ergebnis, sieht man von einigen Gesprächsrunden mit einem bunten Gemisch Intellektueller und Prominenter im Kanzleramt ab.

Nun ist geborgtes Charisma ohnehin selten wirksam. Doch die heutige Sehnsucht nach Charisma beruht zudem noch auf einem arg verkürzten Verständnis dieses Phänomens. Zumeist ist damit lediglich eine persönliche Qualität des Politikers angesprochen, und ob deren Eindruck Spuren hinterlässt, hängt in dieser Perspektive eher von der jeweiligen politischen Einstellung ab. So verstanden lässt sich das Attribut „charismatisch” ohnehin einer Vielzahl von Politikern zuweisen, neben den bereits Erwähnten etwa noch dem „Wirtschaftswunder”-Gestalter Ludwig Erhard oder dem „Macher” Helmut Schmidt - wer noch dazugehörte, darüber würde sich trefflich streiten lassen.

Für ein Verständnis unserer Gesellschaft, der Wandlungen und der Struktur der Demokratie hilft dies indes nicht viel weiter. Charisma ist nicht eine Frage der persönlichen Ausstrahlung, der Integrität und Lebenserfahrung von Personen, wie heute das „Defizit” meist umschrieben wird. Charismatisch begründete Führung beruht vielmehr auf einer sozialen Beziehung: Sie basiert auf der Interaktion von Führendem und Geführten; die Qualität bzw. die Verhaltensweisen einer Persönlichkeit verbinden sich mit den Bedürfnissen, Wahrnehmungen und Werten eines Teils der Gesellschaft. Entscheidend für die charismatische Anerkennung sind hierbei die wechselseitigen Attributionsprozesse: die Verwurzelung des *leaders* in den politischen, sozialen und ökonomischen Interessen der Anhänger und deren Wahrnehmung, dass die Führung der Lösung ihrer sachlichen oder persönlichen Probleme dient. Die Hoffnung auf eine bessere Zukunft bildet die treibende Kraft der charismatischen Beziehung. Die Selbstdarstellung der charismatisch qualifizierten Persönlichkeit und die Beschaffenheit der „Mission” müssen also dem Ethos und den Erwartungen einer verunsicherten Gesellschaft entsprechen. Funktionale Bedeutung gewinnt Charisma insbesondere in Phasen gravierenden sozialen Wandels oder einer akuten Krise der gesellschaftlichen Werteorientierung. Als symbolisches Kapital kann es der „Besitzer” nutzen, wenn dieser gleichzeitig über die Fähigkeit zur Kommunikation und zur Vermittlung via Medien verfügt. Verändern sich die

gesellschaftlichen Bedürfnisse und die historische Situation oder die Zuschreibung der Qualitäten, kann schnell der neuralgische Punkt erreicht werden, bei dem sich das Außergewöhnliche verliert; das Charisma „ veralltäglicht" sich und die politische Führung büßt ihre Legitimation ein (Weber 1972: 661). [1] Welche Bedeutung und Funktion besitzt charismatische Politik nun für die Bundesrepublik? Am Beispiel von Willy Brandt lassen sich einige Beobachtungen machen.

Weder „eisern" noch Machiavellist: Die charismatischen Qualitäten Brandts

Kaum ein Politiker hat nach dem Zweiten Weltkrieg so heftige Reaktionen bei den Deutschen ausgelöst wie Willy Brandt. Er wurde zum Träger von Hoffnungen und Projektionen und verkörperte für viele Menschen einen dringend gewünschten gesellschaftlichen und politischen Wandel. Dabei wird in den Zuwendungen zu Brandt nicht eine kraftvoll das Staatsschiff lenkende Führungsfigur beschworen oder ein geschickt taktierender Machiavellist mit dem Nimbus des Erfolgreichen. Was bewundert wurde - folgt man den Stichworten, mit denen in zahllosen Äußerungen seine Vorbildhaftigkeit begründet wird -, waren „ persönliche Integrität, Tapferkeit und Mut", oder „Verantwortungsbereitschaft, Fairness, Takt und Rücksicht ", es war die Fähigkeit zur Mitleidenschaft, mit der er jedes „Zirkuszelt in eine Kathedrale der Nächstenliebe verwandele" - kurz: er sei "ein Symbol für die Stärke der Schwachen, nicht für die Stärke des Chefs."[2]

Grundlage der Identifikation vieler Menschen mit dem Sozialdemokraten bildeten die von ihm verkörperten Prinzipien der politischen Auseinandersetzung und seines gesellschaftspolitischen Modells, das sich gegen die Erfahrungen der Kanzlerdemokratie Adenauers stark abhob: der Ausgleich verantwortungs- und gesinnungsethischer Aspekte der Politik, seine Integrationsfähigkeit und die Begabung, Konflikte zu entschärfen. „Herrschen […] ist gar nicht das Modell, an dem er baut. Darum enttäuscht er tatsächlich alle Führererwartungen" (Dorothee Sölle in: Lindlau 1972: 132). Das in der Bevölkerung von Brandt gezeichnete Bild stellt einen Gegenentwurf zu den gängigen Leitvorstellungen eines „Kanzlers" vor, es erfüllte die Sehnsucht nach einer Machtausübung der Menschlichkeit und des Friedenswillens: „Er ist weder 'eisern' noch ein Zyniker, noch sentimental", rühmte etwa der eher konservative Georg Picht, er besitzt, „ was in Deutschland selten geworden ist: Würde" (Lindlau 1972: 11).

Konstitutiv für die charismatische Beziehung, die das Verhältnis Brandts zu den Deutschen charakterisierte, war diese Zuschreibung außergewöhnlicher Eigenschaften und seine Fähigkeit, sie in dem Augenblick als symbolisches Kapital zu nutzen, als die Gesellschaft in den 1960er Jahren eines innovativen Ansatzes zur Krisenlösung bedurfte. Dabei beruhte Willy Brandts Erfolg nicht auf numinosen Qualitäten magischer Art, sondern auf einer gezielten Charismapolitik, einer Wechselwirkung von Begabungen, Projektionen, krisenhafter Situation und politischer Inszenierung.

Bewährung, Stigmatisierung und Inszenierung

Den Grundstein seiner Wirkung am Ende der 1960er Jahre, als er zum Inbegriff der Reformdynamik und Erneuerbarkeit der Demokratie geworden war, hatte der erfahrene Politiker bereits ein Jahrzehnt zuvor in Berlin gelegt. Mit ihrer wiederkehrenden Bewährungssituation und der erhöhten internationalen Aufmerksamkeit und öffentlichen Beachtung bildete die geteilte Stadt den idealen Nährboden für die Ambitionen und die charismatische Prägung des künftigen Kanzlers. Krisenfestigkeit und Ideenreichtum ließen sich hier in Bereichen beweisen, die später für die Bundesrepublik von zentraler Bedeutung wurden: in der Ostpolitik und im deutsch-deutschen Verhältnis. Die breite nationale und internationale Anteilnahme für die „Front-Berliner", die Reisen und Staatsbesuche boten zahlreiche Gelegenheiten, um durch weltweite Anerkennung seine Popularität daheim zu steigern. Als die Amerikaner Brandt im Februar 1959 mit einer *tickertape parade* auf den Straßen New Yorks feierten und die Bilder des im offenen Wagen stehenden, umjubelten Berliner Bürgermeisters um die Welt gingen, war die Inszenierung als „deutscher Kennedy" geboren. Kurz darauf, bei der Berliner Maikundgebung, forderte Brandt im Stil eines Volkstribuns „Macht das Tor auf!" und prophezeite Hunderttausenden, dass der Tag kommen werde, „an dem das Brandenburger

Tor nicht mehr an der Grenze" liege (*Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie,* A 3). Dass seine Worte, sein Redestil auf Menschen suggestive Wirkung ausübte, hatte sich bereits 1956 gezeigt, als es ihm nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstands durch die Sowjets gelungen war, die empörten Berliner vom Sturm auf die Grenze abzuhalten. Nimmt man die Umfragen der Meinungsforschung als Indiz, so bestätigte sich die wachsende Popularität des Kanzlerkandidaten in konstant steigenden Werten in den Bereichen des politischen Vertrauens und der Integrität: Seit Mitte der 1960er Jahre lagen die Eigenschaften „sozial", „energisch, fester Wille", „politisch weitsichtig", „bedächtig, abwägend" und „modern, fortschrittlich" in den Zuschreibungen an der Spitze (Kaltefleiter 1973: 100ff.; Noelle/Neumann 1974: 295).

Eine Strategie der Inszenierung und des Medieneinsatzes untermauerte die charismatische Wirkung noch. Dass die größere Ausdehnung und Reichweite des medialen Informationsangebots die Vermittlung der Politik beeinflusste und diese selbst einem Darstellungswandel unterlag, war sowohl Brandt als auch seinen Beratern bewusst. So wurden alle Register der Medienklaviatur genutzt, um politische Entscheidungen rechtzeitig vorzubereiten und auf das Meinungsklima einzuwirken (Ennen 1996; Münkel 2001). Dazu gehörten die öffentliche Darstellung des Privatlebens in *home stories* und enger Kontakt mit Journalisten genauso wie ausgeklügelte Wahlkampagnen. 1961 wurde der frisch gekürte Kanzlerkandidat beispielsweise in einem cremefarbenen Mercedes Cabriolet drei Monate lang durch Stadt und Land geschickt, wobei die einzelnen Auftritte nach striktem Drehbuch erfolgten und einem Bühnenweihespiel glichen - Zeichen, Gesten und Bilder waren auf die mediale Wirkung und visuelle Vervielfältigung berechnet (Schütz 2002).

Mit zunehmendem bundespolitischen Einfluss wurde ein weiterer Faktor in der Disposition der charismatischen Persönlichkeit erkennbar. Die „Vergangenheit" Brandts wurde zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung: Mit der Stigmatisierung der Vita des aufstrebenden Politikers versuchten die politischen Gegner auch dessen Gesellschaftsidee in Misskredit zu bringen. Der verbreiteten deutschen Schuldabwehr und Erinnerungsverweigerung standen Personen wie Brandt als Beweis alternativer Möglichkeiten entgegen. Die Angriffe zielten deshalb auf seine Emigration und die politische Tätigkeit als radikaler Sozialist während der nationalsozialistischen Herrschaft. Sie knüpften an verbreitete Ressentiments gegen Exil und Widerstand an und gipfelten im Vorwurf des Vaterlandsverrats: Als Emigrant habe er in norwegischer Uniform gegen Deutschland gekämpft, sei Agent des KGB gewesen und habe als Rotfrontkämpfer am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen. Der Verratsvorwurf bediente sich damit zusätzlich des - in den 1960er Jahren mehrheitsfähigen - antikommunistischen Reflexes.

Mit dem Wertewandel in diesen Jahren und der erneut einsetzenden Debatte über die Vergangenheitsbewältigung wurde allerdings die angegriffene Person nun zum Modell positiver Identifikation. Die Biographie beglaubigte in den Augen der Anhänger gerade dessen Ideen und die für außergewöhnlich gehaltenen persönlichen Eigenschaften. In der Hervorhebung der sozialen Abweichung beförderte die Charakterisierung als Außenseiter umso mehr die charismatische Qualifizierung. Aus dem Stigma wurde Kapital: Für die in der öffentlichen Wahrnehmung gewichtiger hervortretenden Werte der Partizipation, Egalität und Solidarität konnte Brandt aufgrund seiner Herkunft und Geschichte glaubwürdig einstehen; dem Bild des „Vaterlandsverräters" stand nun die Projektion einer „Kultfigur" des guten Deutschland gegenüber. „In der Person Willy Brandts schienen brennpunktartig alle ungestillten Wünsche, alle unerfüllten Sehnsüchte, alle psychischen Bedürfnisse zu sammenzulaufen", konstatierte später einer der Hauptverantwortlichen der Diffamierungen, Franz Josef Strauß, diese Ikonen-Funktion Brandts (Strauß 1989: 538).

Die 1960er Jahre als eine Phase der Gärung

Brandts bundespolitischer Aufstieg fiel in eine Zeit der intellektuellen Beunruhigung, in eine „Phase der Gärung" (Schönhoven 1999: 123), die tief empfundene Gefühle für die Notwendigkeit eines reformerischen Aufbruchs auslöste. Die wesentlichen wirtschaftlichen, verfassungspolitischen und militärischen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik waren in den Nachkriegsjahren und während Adenauers Kanzleidemokratie geschaffen worden. Ein entscheidendes Problem war in dieser Phase der Rekonstruktion allerdings ungelöst geblieben: die Frage nach dem Selbstverständnis der Republik, nach der Staatsräson.

Wie stabil die Demokratie wirklich war, wie sie auf gesellschaftliche Umbrüche und Erschütterungen reagieren würde, war noch unerprobt. Würde „Bonn" nicht doch „Weimar?", so lautete die vielfache Sorge und Beschwörung, die eher noch an Schärfe zunahm, als sich in der allmählich „westlicher" werdenden Gesellschaft Wertorientierung und Lebensgefühl gravierend zu wandeln begannen. Zahlreiche Vorkommnisse zeugen von einem zunehmenden Vertrauensverlust in die Funktionalität und Legitimität der gewohnten politischen Verfahrensweisen, beispielsweise das rechtswidrige Verhalten von Regierungsmitgliedern in der Spiegel-Affäre 1962; der durch die Diagnose einer „Bildungskatastrophe" genährte Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Gesellschaftssystems; die mit dem Generationsbruch beförderte neuerliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus oder die langandauernde, aufrüttelnde Debatte um die Notstandsverfassung. Mit dem öffentlichen Protestpotential, das über die Studenten, Intellektuellen- und Partei- oder Gewerkschaftszirkel hinauswuchs, bildeten sich Elemente einer „Bewegungsgesellschaft" (Neidhardt/Rucht 1999), wobei die Medien, insbesondere das Fernsehen, als Katalysatoren der Mobilisierung wirkten. Einen repräsentativen Ausdruck fand diese Unruhe in der von Karl Jaspers mit vernichtendem Befund beantworteten Frage „Wohin treibt die Bundesrepublik?", die eine breite Debatte über den vermeintlich verhängnisvollen Weg der deutschen Demokratie auslöste (Jaspers 1966). Zudem verbreitete sich mit der Rezession 1966/67 auch ökonomisch Unsicherheit; die Phase des langanhaltenden Wachstums hatte geendet.

Diese innen- und gesellschaftspolitischen Befunde wurden durch zunehmende Unzufriedenheit über die außenpolitische Stagnation, mögliche Interessendivergenzen mit den Westmächten und vor allem durch das Gefühl nur begrenzter Manövrierfähigkeit in der Ost- und Deutschlandpolitik flankiert. Die Krise mündete in eine Auseinandersetzung über die bundesdeutsche Demokratie, die mit dem „Machtwechsel" 1969 die Frage nach ihrer Umgründung in der „Ära Brandt" nahelegt (Kieseritzky 2001: 15-77; Baring 1982; Görtemaker 1999: 473ff.).

„Alle unseren Hoffnungen erfüllt..." - Charismapolitik in der Kanzlerzeit

Erst diese Krisenerscheinungen ließen die manifeste charismatische Situation entstehen, in der die von Brandt propagierte „Vision" des „Mehr Demokratie wagen" einen Ausweg suggerieren sollte. Zahlreiche Leitbegriffe der Ethik einer staatsbürgerlichen Verantwortung - Überwindung überkommener Hierarchien, Mitverantwortung, Soziale Demokratie, Partizipation - prägten die Regierungserklärung 1969 als „Manifest des Neubeginns" (Jäger in Bracher 1986: 24). Die klassischen Bereiche der Innen- und Außenpolitik waren nun in ein gesellschaftspolitisches Modernisierungskonzept eingebettet, bei dem die einzelnen Reformen - ob betriebliche Mitbestimmung, soziale Sicherung oder Strafrechtsreform - zur „Bildung" des Menschen zusammenwirken und Individualität, Selbstbestimmung sowie soziale Gebundenheit vermitteln sollten. Brandts Formel bildete den Gegenentwurf zu Ludwig Erhards Konzept der „formierten Gesellschaft" von 1965, welches der produktiven Wirkung offen ausgetragener Konflikte und Interessenwahrnehmung misstraute. Von Brandts Appell dagegen schien eine faszinierende Dynamik auszugehen: Demokratie sei nicht nur als politisches Organisationsprinzip des Staates zu begreifen, sondern müsse, so die Forderung des Kanzlers, „alles gesellschaftliche Sein der Menschen beeinflussen und durchdringen" (Brandt 1969: 4). Die demokratische Ordnung legitimiere sich nicht nur über die Auswahl der Eliten und deren Kapazität zur Problemlösung, sondern ebenso über die umfassende Beteiligung und Mitwirkung aller am Willensbildungsprozess. Das Verhältnis zwischen Bürger und Staat bzw. Bürger und Regierung solle sich durch das kritische Engagement des Einzelnen fortentwickeln.

In der von Brandt gegebenen Wendung dieser Grundsätze entsprach dem idealtypisch ein Modell des mittels Konsenses herzustellenden Gesamtwillens, ein Ansatz, der mit der korporatistischen Entwicklung der Bundesrepublik korrespondierte (Lehmbruch 1999). Spätestens seit Mitte der 1960er Jahre galt etwa für die Wirtschaftsordnung der Grundsatz, dass die vorgegebenen Gesamtziele von allen Marktkräften gemeinsam verfolgt werden müssten, da ein Wettbewerb über die Ziele dysfunktional sei. Mit dem Postulat der „Globalsteuerung" aller Prozesse wurden Ergebnisse der Kybernetik und Systemanalyse auf die politische Planung übertragen; Gesprächsrunden wie die „konzertierte Aktion" oder Instrumente wie die „mittelfristige Finanzplanung" entstanden. Diese Art des Aushandelns und Absicherns innenpolitischer Entscheidungen

durch ein Geflecht von Organisationen, Räten und Gremien wurde von der sozialliberalen Koalition weiter perfektioniert. Allerdings geriet diese Politik zunehmend in ein Dilemma, das angesichts der ursprünglichen Vision der wirksameren Zukunftsbewältigung wesentlich zur Entzauberung der Koalition beitragen sollte: Denn einerseits war das Konzept - das planrationale Verfahren - nur mit umfassendem staatlichen Eingreifen zu verwirklichen, andererseits wurde die Eigenverantwortlichkeit des mündig und selbstbewusst gewordenen Bürgers betont, der eben in der umständlichen Praxis dieser Steuerungsideologie unterzugehen drohte.

Brandts selten konkretisierte Formeln wirkten als eine Art Heilsversprechen und viele sahen - wie Siegfried Lenz - mit seiner Wahl zum Bundeskanzler im Oktober 1969 **„**alle unsere Hoffnungen erfüllt**”**. Zunächst freilich war die Basis des **„**Stücks Machtwechsel**”** (Heinemann) angesichts der knappen parlamentarischen Mehrheit - bei Minderheit der Wählerstimmen - noch ungewiss. Der neue Kanzler begegnete dieser Unsicherheit durch forciertes Tempo im Bereich der ostpolitischen Vorhaben und mittels einer meisterhaft gestalteten Charismapolitik. Bereits in seiner Regierungserklärung 1969 ging Brandt in die Offensive und vollzog mit der Formel von den **„**zwei Staaten in Deutschland**”** die entscheidende Weichenstellung in der Deutschlandpolitik. Mit der Ankündigung der Normalisierung der Beziehungen zur DDR und gleichberechtigter Verhandlungen auf Regierungsebene befriedigte er in den ersten Stunden seiner Regierung die Erwartungen der Anhänger. In den nächsten zwei Jahren wurde die Ost- und Deutschlandpolitik mit unzähligen Erklärungen, Interviews und Aktionen im Zentrum der Aufmerksamkeit gehalten. Kein anderes Thema erreichte in der öffentlichen Auseinandersetzung eine ähnliche Dramatik: Die wochenlangen geheimnisumwitterten Vertragspoker in Moskau und Warschau, die Reisen des Sonderbeauftragten Bahr und des Kanzlers selbst, seine Gespräche mit den Mächtigen der Welt, die Staatsbesuche mit ihrem glanzvollen Gepräge, bis schließlich zum Höhepunkt, der Unterzeichnung der Verträge 1970 - jeder Vorgang schien zu signalisieren, wie sich der Kanzler im fortdauernden, schweren Ringen um den Frieden zum Wohle der Nation befand.

In exemplarischer Weise beleuchten die beiden berühmten Gesten von Erfurt und Warschau die Mechanismen des Brandtschen Charismas: Während ihn beim Treffen mit Willi Stoph die Geste einig mit seinem Volk zeigt - mit begütigender, segensgleicher Gebärde beruhigt er am Fenster des Hotels *Erfurter Hof* die sehnsuchtsvoll Rufenden -, bekräftigt der Warschauer Kniefall beim Mahnmal im Dezember 1970 die historisch-moralische Dimension seiner Politik - eine Geste, die von einer Mehrheit der Deutschen abgelehnt wurde. Die gewaltige Wirkung beider Vorgänge hinsichtlich ihres Effektes für das Charisma Brandts beruhte auf zwei Faktoren: zum einen auf ihrer medialen Vervielfältigung, insbesondere ihrer mühelosen visuellen Kommunizierbarkeit; zum anderen auf ihrer unbestrittenen Glaubwürdigkeit, da sie den Zuweisungen Brandts als einer integren, das 'andere' Deutschland verbürgenden Person entsprachen. Insbesondere der **„**Kniefall**”** löste eine Welle internationaler Hochachtung aus, die - nach seiner Preisung im *Time Magazine* als *Man of the Year* - im Jahr darauf in der Zuerkennung des Friedensnobelpreises gipfelte.

Dennoch bröckelte die knappe parlamentarische Mehrheit weiter, bis sie schließlich im April 1972 gänzlich geschwunden war. In dieser Krise zeigte sich abermals die charismatische Wirkung Brandts. Die verfassungsmäßige und politisch völlig legale Absicht der Opposition, den Kanzler durch ein konstruktives Misstrauensvotum zu stürzen, wurde weithin als unrechtmäßig, mindestens als illegitim empfunden; vielen schien es eine Attacke aus dem Hinterhalt, ein Verrat, zumal Brandts Konkurrent Rainer Barzel auf Stimmen von abtrünnigen Abgeordneten der Regierung baute. Im Vorfeld der Abstimmung vom 27. April kam es in etlichen Unternehmen zu spontanen Arbeitsniederlegungen, Betriebsräte forderten die Ausrufung des Generalstreiks und die Medien prophezeiten für den Fall des Kanzlersturzes **„**bürgerkriegsähnliche Zustände **”** oder erinnerten an das Ende von Weimar. Während der Abstimmung selbst standen im ganzen Land die Räder still, fast alle befanden sich im Bann der Radio- und Fernsehübertragung. Mit der Niederlage Barzels verstärkte sich der Nimbus des phönixgleich auferstandenen Kanzlers nochmals.

„Auch Christus würde Willy wählen” - der plebiszitäre Appell

Die Wahl im November 1972, von Brandt bei der Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag im September zum Plebiszit über seine Person und die von ihm verkörperten Ziele erklärt, wurde zum Votum über

Aufbruch oder Stagnation, Moderne oder Tradition, aktive Demokratie oder Staatsautorität. Die charismatische Wirkung Brandts hatte zu einer Fundamentalpolitisierung und Emotionalisierung der Gesellschaft geführt; Zeugnis dessen war die mit über 90 Prozent höchste je erreichte Wahlbeteiligung der Bundesrepublik. In der Wahlkampagne rückten die mit Brandt verbundenen Bilder und Projektionen, seine Vergangenheit, die Gesten und politischen Visionen ins Zentrum der Auseinandersetzung - in stigmatisierendem und diffamierendem Bestreben ebenso wie mit der Absicht der Identifikation als Inbegriff des **„**anderen**"** Deutschland. Letzteres besaß nun eine neue inhaltliche Ausgestaltung: Entspannung und Aussöhnung mit dem Osten, Anerkennung in der Welt und gesellschaftspolitische Liberalisierung. Entsprechend erfolgreich suggerierte die SPD einer breiten Mehrheit, die Wahl von Brandt komme einem modernen Bekenntnis zur eigenen Nation gleich. Die Billigung ihres Wahlslogans **„**Wir sind stolz auf Deutschland**"** implizierte auch die Zustimmung zu Brandt und umgekehrt. Durch Ansteck-Buttons **„**Willy wählen**"** konnten zudem die Mitglieder der Gemeinde ihren Glauben öffentlich machen, was auch die quasi-religiöse Verehrung einschloss: **„**Auch Christus würde Willy Brandt wählen**"**, behaupteten beispielsweise junge evangelische Christen (zit. nach Münkel 2000: 35).

Am Abend des Wahltages im November 1972 zog eine überwältigende Schar von begeisterten Anhängern mit Fackeln von der Bonner Innenstadt zum Palais Schaumburg und dann herauf zum Domizil des Bewunderten auf den Venusberg. Als Brandt vor die Tür trat und die Huldigungen entgegennahm, befand er sich auf dem Zenit seiner Karriere. Zeittendenz und projizierte politische Glücksvorstellung schienen in der Person des Kanzlers zur Übereinstimmung zu kommen. Persönliche Qualitäten Brandts, die Zuschreibungen der Menschen sowie der Öffentlichkeit und die Stigmatisierung des Exilanten und Radikalen, die sich über Jahre ausgeprägt hatten, verbanden sich im Stadium der Gärung Ende der 1960er Jahre mit der Idee einer Gesellschaftsreform und Elementen medialer Inszenierung zur Charismapolitik. Diese erlebte ihren Höhepunkt als jetzt eine Welle der - partiell fast einer Apotheose gleichkommenden - Begeisterung Brandt aufs neue ins Kanzleramt trug - fast so, als hätte Jacob Burckhardt recht: **„**Die Geschichte liebt es bisweilen, sich auf einmal in einem Menschen zu verdichten, welchem hierauf die Welt gehorcht**"** (Burckhardt 2000: 511).

Der Sturz: die Grenzen charismatischer Legitimation

Nach der Periode der Überidentifikation während der politischen Kämpfe des Wahljahres zeigten sich allerdings die Grenzen der Charismapolitik. Der Kanzler schien zunehmend entrückt von den Kämpfen und Intrigen der Ebene; losgelöst von den Mühen und Wirren des alltäglichen politischen Geschehens war er zum Denkmal erhoben worden (Zons 1984). Dieser Eindruck wurde noch durch einen Perspektivwechsel potenziert: Mit der Beschwörung der sozialliberalen Koalition als eines historischen Bündnisses von Arbeiterschaft und Bürgertum - der Lehre aus 150 Jahren getrennter Geschichte - wurde die Orientierung auf die Zukunft gleichsam durch die Konstruktion von Tradition ersetzt. Das Ursprungscharisma wich einem neuen Gründungsmythos, der dem Prozess der Ernüchterung entgegenwirken sollte. Hervorgehoben wurden nun der **„**vitale Bürgergeist**"**, die **„**Bürgergesellschaft**"** oder die **„**soziale und liberale Mitte**"**; Geschichtspolitik ersetzte die Visionen der Demokratisierung und Friedenspolitik (BA 7, Nr. 85).

Diese Umwertung besaß viele Gründe; mitentscheidend waren jedoch die nach diesem Wahlsieg ins Unermessliche gestiegenen Erwartungen an die gesellschaftsverändernde Kraft der Regierung. Hatten die großen Hoffnungen in der Aufbruchseuphorie 1969 der innovatorischen Politik damals eine zusätzliche Legitimation gegeben, so riefen sie jetzt verstärkt die **„**gegenreformatorischen Geister**"** auf den Plan. Je deutlicher die Diskrepanz zwischen den Reformansprüchen und finanziellen Möglichkeiten wurde, desto schriller wurden beispielsweise die Töne im Verteilungskampf der Interessensparteien. Verhandlungsdemokratische Elemente wie die konzertierte Aktion, Expertenräte und Planungsverfahren vermochten diese nicht mehr zu dämpfen. Hier vollzog sich eine grundlegende Tendenzwende: Das Vertrauen in die Steuerbarkeit der sozialen Entwicklungen, die Zuversicht, in allen Bereichen Krisen durch vorausschauende Planung und nachvollziehbare Rationalität der Entscheidungsprozesse vermeiden zu können, war geschwunden. Statt dessen wuchs die Skepsis gegenüber einer Ideologie des Wachstums und dauernden Fortschritts. Charakteristisch waren in dieser Phase der Kanzlerschaft Brandts nicht mehr die

charismatischen Gesten und die begeisternde Massenverehrung, sondern ein Bild, das die kollektive Erinnerung der Bürger auf lange Zeit prägen sollte: die nach dem Fahrverbot aufgrund der Ölpreiskrise im November 1973 verwaisten Autobahnen - als Sinnbild des zum Stillstand gekommenen Fortschritts.

Frühere Unterstützung hatte sich ins Gegenteil verkehrt, die enttäuschten Anhänger machten sich am Sturz des Denkmals zu schaffen. Dieses war schließlich - mehr noch als die schuldlose Verstrickung in den Verrat seines Mitarbeiters Guillaume - der Grund für den Rückzug 1974, mit dem er zudem die sozialliberale Koalition zu bewahren suchte.

Sehnsucht nach Charisma

Es gab nicht viele charismatische Situationen in der Geschichte der Bundesrepublik. Die staatliche Rekonstruktion unter Adenauer, die deutsche Einheit unter Helmut Kohl und die pluralistisch orientierte Demokratie unter Brandt - verbunden mit einer Wende der inneren und äußeren Politik - gehören sicher dazu. **„**Alle unsere Hoffnungen erfüllt**”**- bei allen Erfolgen der charismatischen Politik Brandts ist dies allerdings ein Wunschtraum gewesen. Charismatische Zeiten sind keineswegs glücklichere Zeiten, sie sind eher Zeiten schwerer Umbrüche mit meist ungewissen Folgen. Nur selten sind die Ergebnisse so positiv wie in der **„**Ära Brandt**”**- und selbst hier muss offenbleiben, welche Langzeitwirkungen die Prinzipien der Aushandlungsdemokratie und technokratischen Planungsmethoden haben werden - der *circulus vitiosus* der dadurch neuerlich hervorgebrachten Legitimationsprobleme der Politik ist noch keineswegs durchbrochen. Das korporatistische Muster grundiert auch das heutige politische Geschehen mit zahlreichen **„**runden Tischen**”**, Bündnissen und Räten. Zwar mag der Glaube an einen planbaren Fortschritt durch staatliche Systemsteuerung erschüttert sein, doch welche politische Gruppe wollte von sich behaupten, eine - für alle Teile der Gesellschaft heilsame - Alternative zu diesem Paradigma zu besitzen? In einer von Krisen geplagten Gesellschaft mag die Sehnsucht nach charismatischer Politik durchaus verständlich sein - ob deren Fehlen am Ende aber wirklich zu beklagen ist, bleibt zu bezweifeln. Mangelndes politisches Charisma der Führung weist vielmehr auf die individuelle (staats)bürgerliche Mitbeteiligung und Selbstverantwortung in den Entscheidungsprozessen der Demokratie zurück - und dies könnte Anlass zu Trost sein.

Anmerkungen

1 Für eine Auseinandersetzung mit Webers Charisma-Ansatz vgl. Frank Möller (Hg.): Charismatische Führer der deutschen Nation, München 2003 (im Erscheinen); darin auch eine ausführliche Diskussion der hier von mir skizzierten Charismapolitik von Willy Brandt.

2 Zitate von Lothar Suhling, Luise Rinser, Dorothee Sölle (Lindlau 1972: 80, 105, 133); Rolf Zundel (Die Zeit vom 17. November 1972); Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, SPD-Parteivorsitzender, Allgemeine Korrespondenz, versch. Mappen (Schreiben der Bevölkerung an Brandt).

Literatur

Baring, Arnulf 1982: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart

BA 7 2001: Willy Brandt: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1969-1974, bearb. v. Wolther von Kieseritzky, Bonn (Berliner Ausgabe, Bd. 7)

Willy Brandt 1969: Die Alternative; in: *Die Neue Gesellschaft* 16, S. 4.

Bracher, Karl Dietrich/Jäger, Wolfgang/Link, Werner 1986: Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära

Brandt, Stuttgart

Burckhardt, Jacob 2000: Weltgeschichtliche Betrachtungen; in: Werke, Bd. 10, München/Basel

Ennen, Ilka 1996: Die Kommunikations- und Informationspolitik Willy Brandts, Magisterarbeit Universität Mainz

Görtemaker, Manfred 1999: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München

Jaspers, Karl 1966: Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen, München

Kaltefleiter, Werner 1973: Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, Köln u.a.

Kieseritzky, Wolther von 2001: Einleitung in: BA 7, S. 15-77

Lehmbruch, Gerhard 1999: Die Große Koalition und die Institutionalisierung der Verhandlungsdemokratie; in: *Kaase, Max/Schmid, Günther* (Hgg.): Eine lernende Demokratie, Berlin, S. 41-61

Lepsius, M. Rainer 1993: Das Modell der charismatischen Herrschaft und seine Anwendbarkeit auf den "Führerstaat" Adolf Hitlers; in: *Ders.*: Demokratie in Deutschland, Göttingen, S. 95-118

Münkel, Daniela 2000: Zwischen Diffamierung und Verehrung. Das Bild Willy Brandts in der bundesdeutschen Öffentlichkeit (bis 1974); in: Tessmer, Carsten (Hg.) 2000: Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen, Berlin, S. 23-40

Münkel, Daniela 2001: Die Medienpolitik von Konrad Adenauer und Willy Brandt, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 41, S. 297-316

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1999: Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994; in: *Kaase, Max/Schmid, Günther* (Hgg.): Eine lernende Demokratie, Berlin, S. 129-164

Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hgg.) 1974: Jahrbuch der öffentlichen Meinung, Allensbach/Bonn

Schönhoven, Klaus 1999: Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik; in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 123-145

Schütz, Klaus 2002: Die Lehren aus Kennedys Kampagne. Ein Rückblick auf den Bundestagswahlkampf 1961; in: *vorgänge* 158 (Heft 2/2002 — Juni), S. 32-38

Schwarz, Hans-Peter 1998: Das Gesicht des Jahrhunderts, Berlin

Strauß, Franz Josef 1989: Die Erinnerungen, Berlin

Weber, Max 1972 [1921/22]: Wirtschaft und Gesellschaft, hgg. von Johannes Winkelmann, Tübingen

Zons, Achim 1984: Das Denkmal. Bundeskanzler Willy Brandt und die linksliberale Presse, München

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-160/publikation/alle-unsere-hoffnungen-erfuellt-die-sehnsucht-nach-charisma-willy-brandt-und-die-deutschen/
Abgerufen am: 09.09.2026